



**Änderungsantrag zu der zweiten  
Beratung des Gesetzentwurfs der  
Bundesregierung -19/4672, 19/5415,  
19/5647 Nr. 13, 19/6153- Entwurf  
eines Gesetzes zur Ergänzung der  
Regelungen über die zulässige  
Miethöhe bei Mietbeginn und zur  
Anpassung der Regelungen über die  
Modernisierung der Mietsache  
(Mietrechtsanpassungsgesetz –  
MietAnpG)**

**Parlamentarische Initiativen von Caren Lay, Gesine Löttsch,  
André Hahn, Gökay Akbulut, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun  
Bluhm-Förster, Jörg Cezanne, Kerstin Kassner, Sabine Leidig,  
Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Niema  
Movassat, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner,  
Friedrich Straetmanns, Kirsten Tackmann, Andreas Wagner,  
Hubertus Zdebel, 29. November 2018**

**29.11.18 - Änderungsantrag - Drucksache  
Nr. 19/6158**

Seit einem halben Jahr streitet die Große Koalition

über ihre Mietrechtsreform. Doch selbst die minimalen Verbesserungen an der Mietpreisbremse, zu denen sich Union und SPD durchgerungen haben, sind schon bald hinfällig. Denn in neun von dreizehn Bundesländern, in denen die Mietpreisbremse gilt, läuft sie schon im Jahr 2020 aus. Wenn es die GroKo mit ihrer Reform ernst meint, muss die Mietpreisbremse entfristet und die Verlängerung der Landesverordnungen zugelassen werden. Stichwort zum Änderungsantrag: Mietrückstand und Kündigung

**Herunterladen als PDF**

## Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!